

Rahmenplan für
Unterricht und Erziehung
in der Berliner Schule

Gültig ab Schuljahr
1999/2000

Berufsschule
Berufsfachschule

Fächer
Sozialkunde
Wirtschafts- und Sozialkunde

Herausgeber: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin

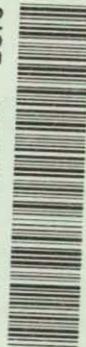
Druck: Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und
Schulentwicklung (BIL)

Stand: Mai 1999

Berlin, August 1999

Z-VBE
S-4(1999)

Georg-Eckert-Institut BS78



1 060 615 7

Inhaltsverzeichnis des Rahmenplanes
für die Fächer **Sozialkunde / Wirtschafts- und Sozialkunde**
der Berufs- und Berufsfachschulen

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
-Schulbuchbibliothek -

2000/1624

	Seite
Einleitung	2
Erläuterungen zum Rahmenplan	3
<u>Themen:</u>	
Beruf und Arbeit	6
Sozialpolitik	8
Grundfragen der Demokratie	10
Grundfragen der Wirtschaft	12
Umweltschutz und Umweltpolitik	14
Recht im Alltag	16
Politische Meinungsbildung	18
Politisches Handeln	20
Soziale Beziehungen	22
NS-Diktatur und ihre Folgen	24
Teilung und Einigung Deutschlands	26
Europäische Einigung	28
Internationale Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit	30

Einleitung

Der Berliner Rahmenplan für die Fächer Sozialkunde bzw. Wirtschafts- und Sozialkunde an Berufs- und Berufsfachschulen ist - wie alle anderen Berliner Rahmenpläne auch - verbindliche Grundlage für Unterricht und Erziehung. Im Rahmen dieser Bindung trifft die Lehrkraft ihre Entscheidung in pädagogischer Verantwortung gemäß § 10 des Schulverfassungsgesetzes und der nachfolgenden Erläuterungen.

Erläuterungen zum Rahmenplan

In den Berufs- und Berufsfachschulen werden die Fächer Sozialkunde bzw. Wirtschafts- und Sozialkunde mit einem Unterrichtsumfang von 80 Stunden (einjährige Berufsfachschule) bis hin zu 280 Stunden (dreieinhalbjährige Berufsschule) unterrichtet.

Der Rahmenplan wird diesem unterschiedlichen Unterrichtsumfang und den verschiedenen Bildungsgängen und Berufen (z.B. einjährige Berufsfachschule für Sozialwesen, einjährige technisch-gewerbliche oder kaufmännische Berufsfachschule, zweijährige Berufsschule für Modenäher/-innen, dreijährige Berufsfachschule für Chemisch-Technische Assistenten und Assistentinnen, dreieinhalbjährige Berufsschule für Kommunikationselektroniker/-innen etc.) in seiner Struktur und seinen Inhalten gerecht.

Er ist offen für alle sozialkundlichen und politischen Entwicklungen der Gesellschaft und erfüllt gleichzeitig die Anforderungen der Berufsabschlußprüfungen der Kammern und die Vorgaben der KMK für den Wirtschafts- und Sozialkundeunterricht an gewerblich-technischen Berufsschulen.

Insbesondere soll der Rahmenplan dem § 1 des Berliner Schulgesetzes gerecht werden, in dem es auszugsweise heißt:

"... Ziel muß die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde und der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein, und ihre Haltung muß bestimmt werden von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker. ..."

Politische Meinungsbildung und Befähigung zum politischen Handeln müssen daher Unterrichtsprinzip sein; ihre Behandlung in speziellen Themen soll die Vermittlung der notwendigen Techniken sichern.

Für den Rahmenplan gelten die Grundsätze des allgemeinen Teils der Rahmenpläne für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule. Zusammen mit den Lernzielen zu den nachfolgenden Themen akzentuieren sie die angegebenen Inhalte und stehen mit ihnen in einem Bezugssystem. Die Lernziele geben - ohne immer direkt und ausschließlich einem einzelnen Inhalt zugeordnet zu sein - die Zielsetzung an, nach der die Inhalte für den Unterricht konkretisiert und strukturiert werden. Ein vollständiger Lernzielkatalog im Sinne einer Deduktion wurde nicht angestrebt; es wurde bewußt vermieden, auf die kontroverse wissenschaftliche Diskussion der Lernzielproblematik einzugehen. Beabsichtigt sind praktikable Hinweise zur Interpretation der Themen.

Obwohl die nachfolgenden Themen einzeln aufgelistet sind, ist handlungsorientierter, themenübergreifender Unterricht möglich und die Einbindung auch in komplexe Unterrichtsprojekte durchaus erwünscht.

Durch die gewählte Struktur und die weitgehend offene Themenwahl, kann der Rahmenplan sehr flexibel eingesetzt werden und soll so der wachsenden Selbstverantwortung der beruflichen Schulen im Sinne demokratischer Willensbildung gerecht werden.

Insbesondere die nachfolgenden Themen 1 - 3 sind prüfungsrelevant und daher für alle Bildungsgänge und Berufe verbindlich. Sie sollen in ca. 80 Unterrichtsstunden (Zeitrichtwerte incl. Lernerfolgskontrollen und Zeitausgleich für besondere Aktivitäten) im ersten Ausbildungsjahr vermittelt werden. Diese Festlegung ist notwendig, damit z.B. bei einem Wechsel von der einjährigen in die mehrjährige Berufsfachschule des Berufsfeldes Wirtschaft und Verwaltung Themen nicht wegfallen oder doppelt unterrichtet werden.

Nr.	Thema	Zeitrichtwert Stunden	Bemerkungen
1	Beruf und Arbeit	30) Pflichtthemen für alle
2	Sozialpolitik	20) Bildungsgänge
3	Grundfragen der Demokratie	30) und Berufe
	Summe	80	

Für mehrjährige Bildungsgänge muß die Fachbereichskonferenz der Schule aus den nachfolgenden Wahlpflichtthemen 4 - 13 geeignete auswählen. Für die Bildungsgänge, in denen kein volks- bzw. betriebswirtschaftlicher Unterricht angeboten wird, ist das Thema 4 jedoch auch verbindlich und muß gewählt werden, da es ebenfalls besonders prüfungsrelevant ist.

Nr.	Thema	Zeitrichtwert Stunden	Bemerkungen
4	Grundfragen der Wirtschaft	20	Pflichtthema für alle mehrjährigen Berufs- und Berufsfachschulen, in denen kein Wirtschaftslehreunterricht o.ä. vorgesehen ist.
5	Umweltschutz und Umweltpolitik	10) Aus den Themen 4 - 13
6	Recht im Alltag	20)
7	Politische Meinungsbildung	20) muß die
8	Politisches Handeln	20)
9	Soziale Beziehungen	10) Fachbereichskonferenz der
10	NS-Diktatur und ihre Folgen	20)
11	Teilung und Einigung Deutschlands	20) Schule geeignete Themen
12	Europäische Einigung	20)
13	Internationale Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit	10) auswählen (vgl. nachfolgenden Text).

Die Anzahl und der Umfang der auszuwählenden Wahlpflichtthemen hängt dabei von den tatsächlich zur Verfügung stehenden Sozialkundestunden des Bildungsganges bzw. Berufes ab: Zwei Drittel der nach der Behandlung der Pflichtthemen 1 - 3 bzw. 1 - 4 tatsächlich noch zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit muß durch die Fachbereichskonferenz mit den Wahlpflichtthemen 4 - 13 bzw. 5 - 13 gefüllt werden. Das heißt, daß z.B.

- bei einem dreijährigen kaufmännischen Beruf mit 1 Stunde Sozialkunde je Woche
 - ⇒ $3 \times 40 \text{ Wochen} \times 1 \text{ Stunde/Woche} = 120 \text{ Stunden}$
 - ⇒ $120 - 80 \text{ Stunden} = 40 \text{ Stunden}$
 - ⇒ $40 \text{ Stunden} \times 66,6\% = \text{ca. } 26 \text{ Stunden,}$
- bei einer zweijährigen nicht kaufmännischen Berufsfachschule mit 2 Stunden Sozialkunde je Woche
 - ⇒ $2 \times 40 \text{ Wochen} \times 2 \text{ Stunden/Woche} = 160 \text{ Stunden}$
 - ⇒ $160 - 100 \text{ Stunden} = 60 \text{ Stunden}$
 - ⇒ $60 \text{ Stunden} \times 66,6\% = 40 \text{ Stunden,}$
- bei einem dreieinhalbjährigen gewerblichen Beruf mit 2 Stunden Sozialkunde je Woche
 - ⇒ $3,5 \times 40 \text{ Wochen} \times 2 \text{ Stunden/Woche} = 280 \text{ Stunden}$
 - ⇒ $280 - 100 \text{ Stunden} = 180 \text{ Stunden}$
 - ⇒ $180 \text{ Stunden} \times 66,6\% = 120 \text{ Stunden}$

für die Behandlung der Wahlpflichtthemen zur Verfügung stehen.

Das weitere Drittel der noch zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit kann durch die Lehrkräfte mit eigenen sozialkundlichen Wahlthemen ausgefüllt werden oder zur Vertiefung der Wahlpflichtthemen herangezogen werden. Für die obigen Beispiele ergeben sich so 14, 20 bzw. 60 Unterrichtsstunden für die eigene Auswahl. Dabei sollten jedoch auch die Interessen und Wünsche der Schüler und Schülerinnen Berücksichtigung finden, Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz aufgegriffen werden u.a.m.

Durch besondere bildungsgang- oder berufsspezifische Situationen begründete Abweichungen von diesen Struktur- und Inhaltsvorgaben sind durch die Fachbereichskonferenz zu beschließen und der Schulaufsicht vorzulegen.

Thema 1: Beruf und Arbeit

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler werden mit verschiedenen Aspekten des Arbeitslebens konfrontiert, sie erkennen dabei die unterschiedlichen Interessen aller Beteiligten und beschreiben, wie die daraus resultierenden Konflikte gelöst werden können.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

... die eigene Berufssituation reflektieren

... ihre Berufsentscheidung in einer sich wandelnden Berufswelt kritisch überprüfen

... Bereitschaft zur beruflichen Mobilität (horizontal, vertikal, räumlich) entwickeln

... verschiedene Ausbildungssysteme darstellen

... die unterschiedlichen Rechte und Pflichten der an der Ausbildung beteiligten Parteien erläutern

... Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten erklären

... wesentliche Inhalte des Arbeitsvertrages, des Arbeitsrechtes und des Arbeitsschutzes darstellen und bewerten

... Interessenlage und Gegensätze von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erläutern

... die Bereitschaft entwickeln, ihre eigenen Interessen im Arbeitsleben wahrzunehmen

... bestehende Machtverhältnisse darstellen und die Grenzen der Konfliktlösung aufzeigen

... verschiedene Möglichkeiten der Mitbestimmung kritisch miteinander vergleichen

... verschiedene Mitbestimmungsrechte kennen und auf ihre betriebliche Anwendungsmöglichkeiten überprüfen

... Bedeutung, Aufgaben und Inhalte von Tarifverträgen und des Tarifrechtes erläutern

... die Möglichkeiten des Arbeitsgerichtes als Institution zur Durchsetzung ausbildungs- und arbeitsrechtlicher Ansprüche darstellen

3. Lerninhalte

1. Beruf und soziale Stellung

- 1.1 Berufswahl
(Motive und Erwartungen; gesellschaftliche Akzeptanz, Rolle der Berufsberatung; Korrektur von Fehlentscheidungen)
- 1.2 Berufsmobilität
(Gesamtwirtschaftlicher Bedarf, Wandel der Berufsstruktur, "Frauen-" und "Männer"-Berufe und Überwindung dieser Schemata)

2. Berufsausbildung und Weiterbildung

- 2.1 Ausbildungssysteme
(Duales System, betriebliche und überbetriebliche Ausbildung, schulische Ausbildung)
- 2.2 Rechtliche Grundlagen
(Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung, Berufsausbildungsvertrag, Jugendarbeitsschutzgesetz)
- 2.3 Möglichkeiten der Weiterbildung und Umschulung
(Eigeninitiative, betriebliche und staatliche Förderungsmaßnahmen, AFG, Berliner Bildungsurlaubsgesetz)

3. Arbeits- und Tarifrecht, Arbeitsschutz

- 3.1 Wesentliche Bereiche des Arbeitsvertrages, des Arbeitsrechtes und des Arbeitsschutzes
(Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Gewerbeaufsicht / technischer Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Mutterschutz, Schwerbehindertenschutz, Urlaub ...)
- 3.2 Bedeutung und Aufgaben von Tarifverträgen und des Tarifrechtes
(Tarifautonomie, Tarifvertragsparteien, Rahmen-/ Mantel- und Lohn-/ Gehaltstarifverträge, Laufzeit - Friedenspflicht, Streik - Aussperrung - Schlichtung ...)

4. Betriebliche Mitbestimmung

Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten des Arbeitnehmers im Betrieb
(Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmungsgesetz, Personalvertretungsgesetz, Betriebsrat und Jugendvertretung ...)

5. Arbeitsgerichtsbarkeit

Arbeitsgericht (Zuständigkeitsbereiche, Aufgaben, Instanzenweg)

Thema 2: Sozialpolitik

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler analysieren das System der sozialen Sicherung und untersuchen dieses auf seine Stärken, Schwächen und notwendigen Ergänzungen.

Sie problematisieren verschiedene Aspekte der Familien-, Sozial- und Vermögenspolitik vor dem Hintergrund von Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsätzen sowie gesellschaftlicher Veränderungen.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

- ... die Notwendigkeit einer staatlichen sozialen Sicherung vor dem Hintergrund historischer und aktueller Entwicklungen begründen
- ... das System der gesetzlichen Sozialversicherung erläutern und die Möglichkeiten der Ergänzung durch private Vorsorge kritisch überprüfen
- ... die Möglichkeiten des Sozialgerichtes als Institution zur Durchsetzung von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen beschreiben
- ... das Wohnen als Grundbedürfnis der Menschen darstellen und den notwendigen staatlichen Schutz und die Förderung daraus ableiten
- ... die unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien bestimmen und die Notwendigkeit einer sozialen und gerechten Familienpolitik daraus ableiten
- ... die unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse analysieren und auf ihre Veränderbarkeit zur Herstellung von mehr Gleichheit und Gerechtigkeit überprüfen
- ... verschiedene Bereiche des Bildungssystemes beschreiben und auf seine Durchlässigkeit, Aufstiegs- und Gestaltungsmöglichkeiten untersuchen

3. Lerninhalte

1. Regelungen und Bedeutung der Sozialversicherung und der Sozialhilfe

- 1.1 Geschichtliche Entwicklung und aktuelle Situation
- 1.2 Versicherungsprinzipien (Eigenverantwortung, Subsidiarität, Solidarität)
- 1.3 Arten: Kranken-, Unfall-, Renten-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung
- 1.4 Versicherungsträger, Versicherungspflicht, Beitragszahlung, Leistungen, Leistungsverweigerung
- 1.5 Sozialhilfe, Leistungen, Leistungsverweigerung
- 1.6 Private Vorsorge

2. Probleme der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

- 2.1 Wohnungspolitik
(z.B. Sozialer Wohnungsbau, Sanierung, Mietrecht und Mieterschutz, Förderung von Wohnungseigentum)
- 2.2 Familienpolitik
(z.B. Ehe- und Scheidungsrecht, Alleinerziehende, Recht des Kindes, Unterhaltspflicht, Familienlastenausgleich, Gleichberechtigung / Gleichstellung, andere Lebensformen)
- 2.3 Einkommens- und Vermögenspolitik
(z.B. Lohngerechtigkeit, Einkommensverteilung, Vermögensstruktur, Vermögensbildung und Steuerpolitik, Überschuldung privater und öffentlicher Haushalte, Neue Armut)
- 2.4 Bildungspolitik
(z.B. vorschulische Erziehung, Schulsysteme, allgemeine und berufliche Bildung, Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsförderung)

Thema 3: Grundfragen der Demokratie

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler interpretieren unterschiedliche Demokratiemodelle. Sie vergleichen und problematisieren Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

- ... unterschiedliche Demokratievorstellungen voneinander abgrenzen
- ... die Bedeutung von Wahlen als Legitimation der demokratischen Machtausübung darstellen
- ... Aufgabe und Arbeit des Parlamentes beschreiben und kritisch überprüfen
- ... die Wichtigkeit der parlamentarischen Opposition zur Kontrolle einer demokratischen Regierung beschreiben
- ... Möglichkeiten und Grenzen der Machtkontrolle durch Organe der Gewaltenteilung und der öffentlichen Meinung darstellen
- ... Formen der direkten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten des Volkes erläutern
- ... das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit der Menschenrechte aufzeigen

3. Lerninhalte

1. Unterschiedliche Demokratievorstellungen

- 1.1 Repräsentative Demokratie, plebiszitäre Demokratie, Räte Modelle
- 1.2 Prinzipien der Demokratie
(Gewaltenteilung, Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Grundsatz der Freiheit und Gleichheit)

2. Idee und Wirklichkeit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland

- 2.1 Wahlen
(Mehrparteiensystem, politische Grundsätze der Parteien, Wahlgrundsätze, Wahlsysteme)
- 2.2 Funktion des Parlaments
(Aufgaben und Status des Abgeordneten: Regierungsbildung, Gesetzgebung, Kontrolle)
- 2.3 Unterschiedliche Rollen von Regierungspartei(en) und Opposition
(Führungsmöglichkeiten der Regierung; Kontrolle, Kritik und Entwicklung von Alternativen durch die Opposition)
- 2.4 Plebiszitäre Elemente in der Demokratie
(Formen direkter Demokratie, Bürgerinitiativen ...)
- 2.5 Sicherungen gegen Machtmißbrauch
(Grundrechte, Gewaltenteilung, Föderalismus, Rechtsstaatsprinzip, Bundesverfassungsgericht, öffentliche Meinung)

3. Menschenrechte

- 3.1 Inhaltliche Darstellung
(UN - Menschenrechtskonvention, Grundgesetz)
- 3.2 Menschenrechtsverletzungen im In- und Ausland
(Verstöße durch staatliche Institutionen; Gewalt in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, gegenüber Frauen; Fremdenfeindlichkeit ...)
- 3.3 Überwachung und Durchsetzung durch Menschenrechtorganisationen sowie nationale und internationale Gerichte
(Amnesty International, Terre des Hommes, Internationale Liga für Menschenrechte, Gesellschaft für bedrohte Völker ..., Internationaler Gerichtshof, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte ...)

Thema 4: Grundfragen der Wirtschaft

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler ordnen ihre eigene und die betriebliche Situation und deren Entwicklungsmöglichkeiten in den gesamtwirtschaftlichen Kontext ein und erläutern grundlegende betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Zusammenhänge.

Sie beschreiben die Schwierigkeiten, die Ziele der sozialen Marktwirtschaft zu realisieren.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

... Aufbau, Aufgaben, Funktionen und Ziele von erwerbswirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben in der Gesamtwirtschaft darstellen

... die betriebliche Leistungsfähigkeit mit Hilfe der entsprechenden Kenngrößen beschreiben

... die unterschiedlichen Rechtsformen der Unternehmen erklären

... Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik und Maßnahmen zur Steuerung der Konjunktur unter Berücksichtigung der Interdependenzen erläutern

... Ziele und Grenzen staatlicher Wirtschaftspolitik aufzeigen

... die möglichen Folgen wirtschaftlicher Konzentration beschreiben und die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs und zum Schutz des Verbrauchers begründen

3. Lerninhalte

1. Betrieb in Wirtschaft und Gesellschaft

- 1.1 Aufbau und Aufgaben eines Handwerks- / Dienstleistungs- / Industriebetriebes
(Beschaffung, Produktion, Absatz)
- 1.2 Wesentliche Ziele erwerbswirtschaftlicher und öffentlicher Betriebe
(Gewinnerzielung, Kostendeckung, Marktversorgung ...)
- 1.3 Betriebliche Kenngrößen
(Produktivität, Wirtschaftlichkeit, Rentabilität)
- 1.4 Wesentliche Unternehmensformen und deren wirtschaftliche Bedeutung
(Einzelunternehmen; Personengesellschaften: OHG, KG; Kapitalgesellschaften: AG, GmbH; Genossenschaften)

2. Probleme der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

- 2.1 Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik
(Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, angemessenes Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, Umweltschutz, Zielkonflikte)
- 2.2 Konjunkturpolitik
(Konjunkturverläufe, Steuerungsmöglichkeiten durch Regierung und Europäische Zentralbank (EZB), Auswirkungen und Grenzen)
- 2.3 Strukturpolitik
(Verbesserung der Infrastruktur, Auswirkung der Subventionierung strukturschwacher Branchen und Regionen, steuerpolitische Maßnahmen)
- 2.4 Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik
(Wettbewerbsverzerrungen durch Konzentration wirtschaftlicher Macht, Kartellgesetzgebung, Verbraucherschutz)

Thema 5: Umweltschutz und Umweltpolitik

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler stellen heraus, daß die steigenden Umweltbelastungen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Entwicklungen sowie dem ständigen Streben nach mehr Wohlstand stehen und daß die damit verbundenen Folgen globalen Charakter haben. Sie lernen darüber hinaus berufsfeldspezifische Umweltprobleme kennen und erörtern die individuellen und politischen Möglichkeiten diese zu begrenzen.

2. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ... können.

... verschiedene Ursachen der Umweltverschmutzung beschreiben

... an ausgewählten Beispielen des jeweiligen Berufsfeldes Umweltbelastungen und deren Folgen aufzeigen

... regionale Umweltprobleme und Auswirkungen im globalen Kontext beschreiben und deren Bedeutung für die Existenz der Menschheit ableiten

... politische Handlungsformen zum Schutz der Umwelt aufzeigen und divergierende Interessen problematisieren

... individuelles Verhalten zur Begrenzung von Umweltbelastungen darstellen und dieses auf seine Wirksamkeit hin kritisch untersuchen

Zeitrichtwert: 10 Unterrichtsstunden

3. Lerninhalte

1. Ursachen und Folgen zunehmender Umweltverschmutzung

- 1.1 Ursachen zunehmender Umweltverschmutzung
(Industrialisierung, Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, Korrealition von Wirtschaftswachstum und steigendem Energie- und Rohstoffverbrauch ...)
- 1.2 Umweltbelastungen und deren Folgen
(für Luft, Boden, Wasser ...)

2. Globale Umweltprobleme

(Versteppungen, Wüstenbildungen, Überschwemmungen, Zunahme von Stürmen, Steigen der Meeresspiegel, Meeresverschmutzung, Zerstörung der Ozonschicht, Waldvernichtung ...)

3. Möglichkeiten zum Schutz der Umwelt

- 3.1 durch das Individuum
(sparsamer Umgang mit den begrenzten Ressourcen, Müllvermeidung, Energiesparmöglichkeiten, Verwendung umweltfreundlicher Energien und Produkte ...)
- 3.2 durch die Politik
(nationale und internationale Regelungen ...)

Thema 6: Recht im Alltag

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler erörtern für sie wichtige, alltägliche rechtliche Regelungen. Sie erläutern die unterschiedlichen Rechte und Pflichten der Vertragspartner verschiedener Vertragsarten. Sie informieren sich über wichtige Rechtsquellen und Institutionen für Verbraucher. Sie setzen sich mit besonderen rechtlichen Problemen ihres Lebens auseinander.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

... die wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen des täglichen Lebens beschreiben

... Rechte und Pflichten des Käufers und Verkäufers erläutern

... wichtige gesetzliche Regelungen zum Schutz der Verbraucher erläutern und Institutionen nennen

... weitere wichtige Vertragsarten beschreiben

... Ursachen, Folgen und Wege aus der Überschuldung von Verbrauchern erläutern

... sie interessierende Rechtsfragen an Beispielen diskutieren und problematisieren

3. Lerninhalte

- 1. Die Bedeutung des Lebensalters für die rechtliche Stellung des Menschen**
(Rechtsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit, Deliktfähigkeit, Parteifähigkeit, Prozeßfähigkeit ...)
- 2. Der Kaufvertrag und Vertragsverletzungen**
(Rechte und Pflichten aus dem Kaufvertrag, Besitz und Eigentum, wichtige Regelungen des AGB - Gesetzes ..., Verbraucherzentrale, Stiftung Warentest ...)
- 3. Weitere wichtige Vertragsarten**
(z.B. Mietvertrag, Haustürgeschäfte, Ratenkauf, Verbraucherkredite, Kreditvermittlung ...)
- 4. Probleme der Überschuldung**
(Verbraucherkonkurs, das schwierige Verfahren der Entschuldung, Schuldnerberatungsstellen ...)
- 5. Weitere wichtige Rechtsfragen für junge Menschen**
(Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Ersatzdienst, Unterhaltsrecht, straf- und haftungsrechtliche Folgen gesetzwidriger Handlungen ...)

Thema 7: Politische Meinungsbildung

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler ordnen die Massenmedien in den Prozeß der politischen Meinungsbildung ein und problematisieren sie als Informationsträger und Meinungsbildner. Sie beschreiben die verschiedenen Informationsmöglichkeiten sowie die Auswahl- und Manipulationsproblematik vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen.

2. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen können.

... politisch relevante Informationen beschaffen

... Informationen für ihre eigene politische Meinungsbildung durch Sammeln, Vergleichen und Auswerten erlangen

... die Möglichkeiten der Manipulation und die damit verbundenen Interessen aufzeigen

... die Grenzen für die Meinungs- und Pressefreiheit problematisieren

... den Einfluß und die Bedeutung der Medien hinterfragen

3. Lerninhalte

1. Möglichkeiten und Grenzen objektiver Informationsbeschaffung für den Einzelnen

- 1.1 Informationsquellen
(traditionelle und neue Medien, öffentlich-rechtliche / private Rundfunk - und Fernsehanstalten, ihre Chancen und Risiken ...)
- 1.2 Probleme objektiver Berichterstattung
(Nachricht, Kommentar, Vorurteile, Manipulationsmöglichkeiten ...)
- 1.3 wirtschaftliche und politische Einflußnahmen durch Interessengruppen
(Unternehmen, Gewerkschaften, politische Parteien ...)

2. Aufgaben und Funktionen der Medien in Politik und Gesellschaft

(Information, Kritik und Kontrolle der Macht, Kommunikation zwischen Regierenden und Volk sowie verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Bildung und Unterhaltung ...)

3. Gesetzliche Bestimmungen und Gefahren durch bzw. für die Pressefreiheit

- 3.1 Gesetzliche Regelungen
(GG, Pressegesetz, StGB ...)
- 3.2 Gefahren der unbeschränkten Pressefreiheit
(Gewalt- und Sexdarstellung und ihre Folgen, zunehmende Kommerzialisierung und Medienkonzentration ...)
- 3.3 Zensur und Beschränkungen der Pressefreiheit

Thema 8: Politisches Handeln

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler stellen heraus, daß Erhaltung und Weiterentwicklung der freiheitlich - demokratischen Grundordnung nicht nur von institutionellen und verfassungsrechtlichen Regelungen abhängig ist, sondern auch vom politisch bewußten Handeln der Bevölkerung. Sie reflektieren die Möglichkeit und die Erfolgschancen der Einflußnahme auf öffentliche Entscheidungen und deren Grenzen, sie problematisieren den Konflikt zwischen Widerstandsrecht und Gewaltmonopol des Staates. Sie sind bereit, sich aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

... die wesentlichen Möglichkeiten zur persönlichen Einflußnahme des einzelnen erklären

... die eigene Meinung wirksam und angemessen artikulieren

... die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Verbänden, Parteien und Bürgerinitiativen als besondere Möglichkeit der gesellschaftlichen Mitwirkung begründen

... Bürgerinitiativen und andere plebiszitäre Aktivitäten als das Ergebnis eines politischen Entwicklungsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland darstellen

... verschiedene Formen der Einflußnahme von Interessenverbänden auf Politik und Verwaltung beschreiben

... die Aufgaben und Funktionen von politischen Parteien in einer parlamentarischen Demokratie beschreiben

... die Strukturen und die Finanzierung von Parteien problematisieren

... das Verbot von verfassungswidrigen Parteien als Notwendigkeit zur Erhaltung der freiheitlich - demokratischen Grundordnung erläutern

... das Spannungsverhältnis zwischen den im Grundgesetz verbrieften Widerstandsrecht und dem Gewaltmonopol des Staates erläutern

3. Lerninhalte

1. Einzelaktivitäten

(Leserbriefe, Anfragen bei Behörden, Beschwerdemöglichkeiten, Anrufen der Verwaltungsgerichte, Gespräche mit Parlamentariern und Interessenvertretern, Petitionen ...)

2. Gruppen und Gruppenaktivitäten

(Wähler- und Bürgerinitiativen, Vereine und Verbände, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kirchen ...; Demonstrationen, Versammlungen, Verteilen und Versenden von Informationen, Unterschriftenlisten, Volksbegehren ...)

3. Parteien

(Aufgaben und verfassungsrechtliche Bedeutung, innerparteiliche Demokratie, Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- und Wählerstruktur, Parteienfinanzierung, Parteienverbot, Parteiengesetz ...)

4. Grenzen

(rechtsstaatliche Begrenzung der Einwirkungsmöglichkeiten, Konflikte zwischen Widerstandsrecht und dem Gewaltmonopol des Staates ...)

Thema 9: Soziale Beziehungen

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler werden mit den wichtigsten Aspekten der Sozialisation und deren Wandel konfrontiert.

Sie problematisieren die Bedeutungsänderung der Sexualität im gesellschaftlichen Umfeld.

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit Formen des Mißbrauchs von Alkohol, Drogen und anderen Suchtmitteln auseinander.

Sie erörtern die Probleme mit der Integration von Minderheiten.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

... den Sozialisationsprozeß erläutern

... den gesellschaftlichen Wandel und seinen Einfluß auf die Sozialisation beschreiben

... individuelle und gesellschaftliche Funktionen der (intakten) Familie sowie anderer Lebensformen beschreiben und deren Veränderungen erläutern

... unter Beachtung der sozialen und sexuellen Aspekte mit Ehe, Partnerschaft und Familie verantwortungsbewußt umgehen

... Alkohol-, Drogen- und Suchtmittelmißbrauch als Krankheit beschreiben und die Notwendigkeit präventiver und therapeutischer Maßnahmen begründen

... das Entstehen und Verfestigen von Vorurteilen gegen Minderheiten und Migranten und die daraus erwachsenden Gefahren problematisieren

... Bereitschaft entwickeln, der Diskriminierung von Minderheiten und Migranten entgegenzutreten

3. Lerninhalte

1. Sozialisation

- 1.1 Aspekte der Sozialisation
(Entwicklung des Kindes im Spannungsfeld zwischen persönlicher Anlage und gesellschaftlichem Umfeld, Adoleszenz: Jugendliche auf dem Weg zum Erwachsenwerden ...)
- 1.2 Sozialisation im Wandel
(Familie und deren Veränderungen ..., soziale Rollen, z.B. von Männern und Frauen, andere Sozialisationsinstanzen: Kindertagesstätte, Schule, Peer-Group, Berufswelt ...)

2. Liebe, Freundschaft, Sexualität

(Ehe und Partnerschaft im Wandel gesellschaftlicher und ethischer Normen, Schwangerschaft, Verhütung, Schwangerschaftsabbruch, Gefahren durch Geschlechtskrankheiten, Aids ...)

3. Suchtgefahren

(Ursachen für Alkohol-, Drogen- und andere Suchtgefährdung, z.B. Spielsucht, Wirkungen, Gefahren und Folgen, z.B. "Drogenkarrieren", Auswege ...)

4. Minderheiten und Migranten in der Gesellschaft

(Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Integrationsprobleme ...)

Thema 10: Die NS-Diktatur und ihre Folgen

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler vertiefen, aufbauend auf dem im allgemeinbildenden Schulwesen erworbenen Wissen, ihre Kenntnisse über das Wesen des Nationalsozialismus. Sie werten das totalitäre Regime als unmenschlich und verstehen Vorbehalte und kritische Einstellungen mancher Völker gegenüber Deutschen. Sie sind betroffen von den furchtbaren Auswirkungen des menschenverachtenden totalitären Regimes auf das Leben der Bürger und ziehen daraus Schlußfolgerungen für die eigenen Einstellungen.

2. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ... können.

- ... die Hauptgründe für das Scheitern der Weimarer Republik benennen
- ... den Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Weimarer Republik und der Machtübertragung an die Nationalsozialisten aufzeigen
- ... Rassismus, Antisemitismus und Gewalt als wesentlichen Bestandteil der NS-Ideologie wiedergeben
- ... Machtergreifung und Gleichschaltung als Schritte zur Festigung der NS-Diktatur beschreiben
- ... den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes anhand der Terrorisierung, Verfolgung und Ermordung von Millionen von Menschen beschreiben
- ... den Widerstand einzelner Persönlichkeiten und verschiedener Gruppen gegen das NS-Regime würdigen
- ... Ursachen, Erscheinungsformen und Gefahren eines wiedererstarkenden Rechtsextremismus problematisieren
- ... Parallelen zwischen der nationalsozialistischen Vergangenheit zum aktuellen Rechtsextremismus aufzeigen

3. Lerninhalte

1. Vorgeschichte

(Friedensvertrag von Versailles, antidemokratische Kräfte, Staatsaufbau der Weimarer Republik, Weltwirtschaftskrise, Scheitern der Weimarer Republik ...)

2. NS-Ideologie

(Rassismus und Antisemitismus, Volk ohne Raum ...)

3. "Machtergreifung" und Gleichschaltung

(Verordnung zum Schutz von Volk und Staat [„Reichstagsbrandverordnung“], Ermächtigungsgesetz, Zerschlagung der Gewerkschaften, Auflösung der Parteien, Gleichschaltung der Länder, Etablierung und Ausbau des Führerstaates ...)

4. Terror und Holocaust

(Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung der Juden, von Minderheiten und Andersdenkenden: Sinti, Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Behinderte und Kranke, Ausrottung anderer Völker durch Vernichtungskrieg ...)

5. Widerstand

(Politischer, religiöser, militärischer und anderer Widerstand, Gewerkschaften, Kirchen, Kreisauer Kreis, „Weiße Rose“ ...)

6. Neonazismus und Rechtsextremismus

(Ursachen für das Erstarren neonazistischer Gruppierungen: z.B. Arbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit, Werteverlust ...; Erscheinungsformen: Ausländerfeindlichkeit, Gewalttätigkeit, Demokratiefeindlichkeit ...)

Thema 11: Teilung und Einigung Deutschlands

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler erfahren die Lebensbedingungen der Menschen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie vollziehen die verschiedenen Phasen deutscher und zum Teil internationaler Politik nach. Sie ordnen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den europäischen Integrationsprozeß ein.

2. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ... können.

- ... die Lebensbedingungen in Deutschland und Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschreiben
- ... den „Kalten Krieg“ als Ergebnis des sich verschärfenden Konfliktes zwischen den Alliierten kennzeichnen
- ... Blockbildung und Rüstungswettlauf beschreiben und deren Folgen bewerten
- ... die besondere Rolle Berlins während des „Kalten Krieges“ problematisieren
- ... Entspannung und Annäherung zwischen Ost und West beschreiben
- ... die Vereinigung beider deutscher Staaten als Ergebnis der Veränderungen in Osteuropa nachvollziehen
- ... den Stellenwert der Bürgerbewegung für den Zusammenbruch der DDR einschätzen
- ... den Vereinigungsprozeß Deutschlands in den Kontext einer europäischen Entwicklung stellen

3. Lerninhalte

- 1. Soziale, ökonomische und allgemeine Lage der Menschen im kriegszerstörten Europa**
(Städte in Trümmern, hungernde und wohnungslose Menschen, Heimatlose und Vertriebene, Versehrte ...)

- 2. Alliierte Politik in Deutschland und deren Folgen**
(Potsdamer Konferenz, Zerfall der Anti - Hitlerkoalition, z.B. Marshallplan, Währungsreform in West und Ost; Berlin als Brennpunkt des „Kalten Krieges“, Blockbildung, Rüstungswettlauf ...)

- 3. Deutschland zwischen Konfrontation und Kooperation**
(Juni 1953, Mauerbau in Berlin, die Kuba - Krise und ihre Folgen für das Ost -West -Verhältnis, Entspannungspolitik und vertragliche Regelungen für Berlin und Deutschland ...)

- 4. Vereinigung beider deutscher Staaten**
(Politikwechsel in der UdSSR und seine Folgen, Auflösung des Ostblocks, ökonomische und politische Situation in der DDR (insbesondere in den 80er Jahren), „Wende“, Fall der Mauer, Rolle der Bundesregierung bei der Vereinigung, Vorteile und Probleme ...)

Thema 12: Europäische Einigung

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler erörtern die Ursachen, die zu den Gedanken eines vereinten Europas führten. Sie werden mit der Entwicklung des zusammenwachsenden Europas konfrontiert. Sie vollziehen die Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit nach, problematisieren diese und bewerten die Integration Europas als Chance im verschärften Wettbewerb einer zunehmend globalisierten Welt.

2. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ... können.

- ... Motive für die Integration der europäischen Staaten aufzeigen
- ... die institutionellen Strukturen der Europäischen Union problematisieren
- ... die Vorteile der Zusammenarbeit für die europäischen Mitgliedsstaaten erörtern
- ... Probleme der Angleichung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede der einzelnen Mitgliedsstaaten erläutern
- ... unterschiedliche Aspekte des Beitritts weiterer Staaten zur europäischen Union kritisch betrachten
- ... die Chancen der Europäischen Union im Rahmen des globalen Wettbewerbs darstellen

3. Lerninhalte

1. Motive für ein vereintes Europa

- 1.1 Vergleich der Situation von 1950 zu heute
(Reise-, Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten, Waren- und Dienstleistungsverkehr ...)
- 1.2 Konzeptionen für ein friedliches vereintes Europa, resultierend aus den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges
(Schuman - Plan, Römische Verträge ...)

2. Organe der Europäischen Union und Probleme bei der Erfüllung ihrer Aufgaben

- 2.1 Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, Europäischer Gerichtshof, Europäischer Rechnungshof ...
- 2.2 Demokratiedefizit , Machtverteilung, Bürokratie ...

3. Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit

- 3.1 Die EU: Staatenbund oder Bundesstaat?
(z.B.: Steuerharmonisierung, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Angleichung der Sozialpolitik, Subsidiarität ...)
- 3.2 Beitritt weiterer Staaten
(z.B.: Polen, Ungarn, Zypern ...)
- 3.3 Rolle Europas in einer globalisierten Welt
(Europa im Wettbewerb mit Amerika, Asien ...)

Thema 13: Internationale Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit

1. Intentionen

Die Schülerinnen und Schüler zeigen Schwierigkeiten auf, Wohlstand, Gerechtigkeit und Frieden weltweit zu gewährleisten. Sie setzen sich mit verschiedenen Ursachen von Konflikten kritisch auseinander und überprüfen Möglichkeiten, diese zu lösen bzw. zu begrenzen. Sie arbeiten unterschiedliche Aspekte heraus, unter denen der Prozeß der Globalisierung zu verstehen ist und untersuchen Ursachen und Folgen der Globalisierung. Sie problematisieren die unterschiedliche Verteilung von Reichtum in der Welt und zeigen entwicklungspolitische Lösungsansätze auf.

2. Lernziele

Die Schüler und Schülerinnen sollen ... können.

- ... den Begriff „Frieden“ problematisieren
- ... Ursachen von militärischen, ethnischen, ökonomischen ... Konflikten analysieren
- ... Möglichkeiten der Friedenssicherung problematisieren
- ... Globalisierung als Prozeß ökonomischen, kulturellen und politischen Wandels beschreiben
- ... Folgen der Globalisierung aufzeigen
- ... unterschiedliche Interessen der Unternehmen und der Arbeitnehmer im Globalisierungsprozeß kritisch gegenüberstellen
- ... die Ursachen der unterschiedlichen Entwicklung von armen und reichen Ländern darstellen
- ... Gründe und Ziele für entwicklungspolitische Maßnahmen durch die reichen Länder erläutern

3. Lerninhalte

1. Friedenssicherung als permanente Aufgabe

(Ursachen von aktuellen Konflikten, Möglichkeit der Friedenssicherung auf diplomatischem und militärischem Wege durch die Vereinten Nationen und andere Organisationen, z.B. NATO ..., Rolle der Bundeswehr)

2. Ursachen und mögliche Folgen der Globalisierung

(Technologischer Fortschritt, Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr, Vernetzung der Märkte, Verlagerung der Produktion ...)

3. Entwicklungsländer und Beziehungen zwischen armen und reichen Staaten

(Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung, Bildung, Nahrungsmittelversorgung, Bevölkerungsentwicklung, Gesundheitswesen ..., Entwicklungspolitik im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen, fairer Handel, humanitäre Hilfe, „Hilfe zur Selbsthilfe“ ...)

